RUSSLAND

Zerstrittene Demonstranten

Schafft es die Bewegung „Für ehrliche Wahlen“, am 24. Dezember wie angekündigt 50 000 Menschen zu einer erneuten Demonstration gegen den Kreml auf die Straße zu bringen? Den Antrag, die Protestaktion in unmittelbarer Nähe des Roten Platzes durchzuführen, hat das Moskauer Oberbürgermeisteramt bereits abgelehnt – es verwies die Organisatoren auf den Sacharow-Prospekt, eine Ausfallstraße jenseits des Stadtzentrums, die zu den drei wichtigsten Bahnhöfen Moskaus führt. Damit gelang es dem Kreml, den Protest an die Peripherie zu verdrängen. Innerhalb der Protestbewegung gibt es zudem heftigen Streit.

IMAGO

Polizeisperre am Kreml

Die Nationalisten wollen eine eigene Demonstration auf die Beine stellen, „damit es den sogenannten Liberalen nicht gelingt, den Bürgerprotest zu privatisieren“, wie ein Vertreter der Bewegung „Die Russen“ erklärte. Auch unter den Liberalen selbst herrscht Uneinigkeit: Der Schriftsteller Boris Akunin und der ebenso populäre Fernsehjournalist Leonid Parfjonow – beide gehörten auf der Demonstration am 10. Dezember zu den umjubelten Rednern – haben das Organisationskomitee verlassen. Sie warnen vor einer weiteren Politisierung der Protestbewegung, das Selbstbewusstsein der Wähler reiche dafür nicht aus. Dass der frühere Vizepremier Boris Nemzow dazu aufrufe, das ganze Land auf die Beine zu bringen und Wladimir Putin den Weg zurück in den Kreml zu versperren, sei weltfremd – und die Siegerpose der Putin-Gegner verfrüht.

Niederländische Prinzessin Máxima

FRANK ROLLITZ / SCHNEIDER-PRESS

KÖNIGSHÄUSER

Die Kleider der Prinzessin

Die Korruptionsaffäre um den Schwiegersohn des spanischen Königs Juan Carlos führt jetzt zu mehr Transparenz am Hofe der Bourbonen: Erstmals soll auf der königlichen Homepage enthüllt werden, wie Juan Carlos die ihm vom Staat zugebilligte, frei verwendbare Apanage von 8,4 Millionen Euro 2011 genutzt hat. Seinem Schwiegersohn, dem ehemaligen Handballer Iñaki Urdangarin, wird vorgeworfen, über eine gemeinnützige Stiftung öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Wieder-

BRASILIEN

Sieg der Agrarlobby

Gute Nachrichten für Umweltsünder in Südamerikas größtem Flächenstaat: Wer bis Juli 2008 illegal Urwald im Amazonas-Gebiet abgeholzt hat, wird voraussichtlich nie belangt werden. Das sieht das neue brasilianische Waldgesetz vor. Von dieser Regelung würde vor allem die mächtige Agroindustrie des Landes profitieren: Rinderfarmer und Sojapflanzer sind in den vergangenen Jahren immer weiter ins Amazonas-Gebiet vorgestoßen. Die größte zusammenhängende Urwaldfläche der Erde gleicht immer mehr einem Flickenteppich, 20 Prozent sind komplett zerstört. Umweltschützer, darunter die ehemalige Umweltministerin und Präsidentschaftskandidatin Marina Silva, hatten vergebens gegen die Gesetzesreform protestiert. Die Vorlage wird jetzt dem Abgeordnetenhaus zur Abstimmung vorgelegt, danach könnte Präsidentin Dilma Rousseff das Gesetz per Veto stoppen. Damit ist jedoch kaum zu rechnen: Die Agrarlobby hat ihren politischen Einfluss in den vergangenen Jahren beständig ausgebaut, die Agrarexporte sind der wichtigste Devisenbringer für das boomende Schwellenland. Die Reform des Waldgesetzes ist bereits die zweite schwere Niederlage für Brasiliens Umweltschützer in diesem Jahr: Trotz Protesten der dort ansässigen Indianer treibt die Regierung auch den Bau des umstrittenen Wasserkraftwerks Belo Monte im Amazonas-Gebiet voran. Wirtschaftsfreundliche Volksvertreter wollen jetzt auch die gesetzlichen Grundlagen der Indianerschutzgebiete am Amazonas aufweichen. In den Indianerreservaten stehen die letzten Reste unversehrten Amazonas-Urwalds.

JOHN ROBINSON / DPA

Protest gegen Abholzung auf dem Klimagipfel in Durban